

Das Wochenmagazin der SPÖ www.spoe.at



AK

Alles zum Thema Schule
Gastkommentar von Günther Haider



AK-Wahlen:

**SPÖ und FSG für eine
starke Arbeiterkammer!**

Die Arbeiterkammern, ein nicht weg zu denkender Bestandteil der österreichischen Sozialpartnerschaft, stellen sich heuer wieder der Wahl. Der Start der AK-Wahlen 2009 erfolgt am 26. Jänner in Vorarlberg und Salzburg. In beiden Bundesländern besteht bis 5. Februar die Möglichkeit, an die Wahlurnen zu schreiten. Den Abschluss machen Wien und Niederösterreich im Mai. Wir wünschen den FSG-KandidatInnen alles Gute und werden die AK-Wahlen laufend im „SPÖ Aktuell“ begleiten.

Der zweite Schwerpunkt in dieser Ausgabe ist dem Thema Schule gewidmet. Der Schülertest PISA oder jüngst TIMSS haben aufgezeigt, dass Handlungsbedarf besteht. Und Bildungsministerin Claudia Schmied hat sich dieser Verantwortung gestellt und mit Neuer Mittelschule, Bildungsstandards, Zentralmatura, Verbesserung der LehrerInnen-ausbildung und massiven Investitionen eine umfassende Schulreform eingeleitet. Denn gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gilt: Eine gute Ausbildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

AK-Wahlen starten	4
Reformprojekt Schule	6
Interview mit Bildungsministerin Claudia Schmied	7
Bildungsstandards, Zentralmatura und Neue Mittelschule	8
Gastkommentar von Schulexperten Günther Haider.....	14

30. 1. 2009

Gemeinsam für neue Politik

Das Jahr 2009 stellt Österreich vor große Herausforderungen. Mit Entschlossenheit arbeitet die Regierung unter Bundeskanzler Werner Faymann daran, diese Herausforderungen für Österreich zu bewältigen. Unter dem Motto „Faymann. Die neue Politik“ wird die SPÖ ihre Ziele und Lösungsansätze für das Jahr 2009 präsentieren. Vor dem Hintergrund der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise ist es von besonderer Wichtigkeit, geschlossen den Problemen entgegenzutreten und die Sorgen der Menschen besonders ernst zu nehmen. Dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit, den

Parlament startet mit Familienentlastung



Fotolia

Künftig sollen weniger Menschen den Zuschuss zum Kindergeld zurückzahlen müssen. Dafür wird die Einkommensgrenze, ab der der Zuschuss wie ein Darlehen zurückzahlen ist, angehoben. Auch soll der Zeitraum, in dem sich das Einkommen nicht erhöhen darf, von 15 auf sieben Jahre verkürzt werden. Der dafür notwendige Antrag wurde gleich in der ersten Parlamentssitzung des heurigen Jahres eingebracht und soll rückwirkend für 1.1.2002 beschlossen werden. Wer jedoch bereits einen Bescheid bekommen hat, braucht derzeit nichts weiter zu tun, als auf den neuen zu warten.

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:

Wege aus der Energiekrise

Der jüngste Gasstreit hat uns gezeigt, dass uns die Abhängigkeit von Ressourcen wie Erdgas oder Erdöl immer wieder vor neue Probleme stellt. Welche Auswege aus der Energiekrise gibt es und welche Maßnahmen muss die Politik treffen, damit Umweltschutz und Energieversorgung sicher gestellt sind? Deine Meinung ist gefragt: <http://mitreden.spoe.at>



Beginn: 16.00 Uhr, Freitag, 30. 1. 09, Betriebsbahnhof der Wiener Linien (U3-Haltestelle Erdberg).

Arbeitslosenprognose (in %)

NL	4,1	5,5
A	5,1	6,1
D	7,7	8,1
EU-27	8,7	9,5
E	16,1	18,7
	2009	2010

Quelle: APA, EU-Kommission | Grafik: SPÖ

Arbeitslosenprognose: Österreich besser als EU-27

Laut EU-Kommission muss Österreich 2009 mit einer Arbeitslosenquote von 5,1 Prozent rechnen. Wir stehen damit deutlich besser da als die EU-27. Aber die Arbeitslosigkeit wird spürbar sein und – laut Prognose – 2010 auf 6,1 Prozent anwachsen.

Zitat der Woche

„Ich bin zutiefst überzeugt, Herr Strache wird niemals Bürgermeister von Wien.“

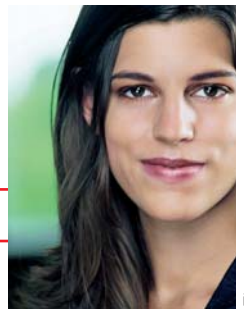
Wiens Bürgermeister Michael Häupl

Versprochen – gehalten: Kurzarbeit



Fotolia

Wie Sozialminister Rudolf Hundstorfer bei der SPÖ-Präsidiumsklausur in Salzburg versprochen hat, wird die Reform der Kurzarbeit zügig umgesetzt. Im Parlament wurde bereits ein Antrag eingebracht zur Verlängerung der Kurzarbeitsdauer von derzeit 12 auf 18 Monate. Der Arbeitsausfall, der nicht unter 10 Prozent und nicht über 90 Prozent betragen darf, wird als Kurzarbeitshilfe vom AMS übernommen werden. Weiters sollen ArbeitnehmerInnen in der Kurzarbeit verstärkt die Möglichkeit haben, an Weiterbildung teilnehmen zu können. Beschlossen wird die Novelle voraussichtlich Ende Februar und tritt rückwirkend mit 1. Februar in Kraft.



Zimmer

STANDPUNKT

Verantwortung statt Maulheldentum

Die Wirtschaftskrise stellt alle politisch Verantwortlichen vor große Herausforderungen. Die Österreicherinnen und Österreicher erwarten sich jetzt, dass Lösungen zur Vermeidung der schlimmsten Folgen erarbeitet werden. In dieser Situation ist mit der Bundes-FPÖ kein Staat zu machen.

Die Neugestaltung des internationalen Finanzsystems und der Kampf gegen die Folgen der Wirtschaftskrise sind derzeit weltweit das bestimmende Thema. Sowohl US-Präsident Barack Obama, als auch die Verantwortlichen in der EU und in der österreichischen Bundesregierung arbeiten fieberhaft an der Umsetzung von Lösungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Ankurbelung der Konjunktur. Wir alle haben eine Liste berechtigter Sorgen. Kann ich mir meinen Lebensstandard in Zukunft noch leisten? Bekommt mein Kind eine Lehrstelle? Werde ich nächstes Jahr noch einen Job haben? Die SPÖ ist die Partei der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie des sozialen Zusammenhalts. Wir arbeiten an Lösungen, die den Menschen in Zeiten der Krise Sicherheit bieten. Wie sieht nun aber der Beitrag der FPÖ zu diesen grundlegenden Herausforderungen aus? Bis jetzt habe ich noch keinen konkreten Vorschlag der FPÖ zur Bewältigung der Krise gehört. Dafür genug von Altbekannten: Einfache Parolen, inhaltslose Sprechblasen und subzanzloses Geplapper.

Die Haltung, die unser Parteivorsitzender Werner Faymann bereits im Wahlkampf eingenommen hat – keine Koalition mit der FPÖ auf Bundesebene –, wird seit dem Wahlsonntag regelmäßig auf beeindruckende Weise als richtig bestätigt. Anstatt sich um die Sorgen der Menschen zu kümmern und konkrete Arbeit zu leisten, ist die FPÖ wieder einmal mit Ewiggestrigem beschäftigt. Jüngster trauriger Höhepunkt sind die Vorgänge rund um die Mitarbeiter des Dritten Nationalratspräsidenten Martin Graf. Gegen sie wird der Vorwurf erhoben, dass sie sich bei einem rechtsextremen



Reuters

Die SPÖ arbeitet an konkreten Lösungen, die FPÖ ist mit dem rechten Rand beschäftigt.

Internetversand bedient haben sollen und sich Reichskriegsflaggen, T-Shirts, einschlägige CDs und anderen „Nazidreck“ (© Martin Graf) liefern ließen. Graf ist aufgefordert, sich schnellstmöglich von diesen Mitarbeitern zu trennen.

Wir sind selbstbewusst genug, dass wir als gestaltende Kraft in Österreich unsere Partner genau anschauen und mit jenen gemeinsam Verantwortung tragen, die auch gewillt sind, einen konstruktiven Beitrag für die Menschen in diesem Land zu leisten. So wie sich allerdings die Bundes-FPÖ präsentiert, ist eine Regierungszusammenarbeit auf Bundesebene nicht vorstellbar. Um eines unmissverständlich klar zu stellen: Es geht hier nicht um Ausgrenzung. Eine Partei, die solche Mitarbeiter wie

„Wir tragen mit jenen gemeinsam Verantwortung, die auch gewillt sind, einen konstruktiven Beitrag für die Menschen in diesem Land zu leisten.“

der Dritte Nationalratspräsident in ihrer Mitte akzeptiert und zudem an den konkreten Interessen der Menschen vorbei agiert, isoliert sich politisch selbst. Heute mehr denn je braucht es keine Maulhelden, sondern Politik, bei der man weiß, woran man ist, die verantwortungsvoll handelt und kritisch nach vorne schaut. Es gibt für uns daher keine Veranlassung, an der klaren Haltung des Bundesparteivorsitzenden zu rütteln. ♦

ARBEITERKAMMER

Wer wählt, stärkt

Am 26. Jänner beginnen die Arbeiterkammerwahlen. Rund 2,7 Mio. ArbeitnehmerInnen können dann – je nach Bundesland – zwischen Ende Jänner und Mitte Mai ihre Vertreter in der gesetzlichen Interessensvertretung wählen.



Fotolia

Eine starke AK stellt sicher, dass auch in Zukunft hunderttausende Mitglieder pro Jahr kostenlos Rat und Hilfe von ExpertInnen bekommen.

Die eigentlichen Wahlen finden in Arbeiterkammern der neun Bundesländer statt. Die neun Landespräsidenten werden nicht direkt von den Arbeitnehmern, sondern auf Basis ih-

res Votums von den Vollversammlungen der Kammern gewählt. Aus ihrer Reihe wählt die Hauptversammlung den Präsidenten der Bundesarbeiterkammer (BAK) – was auch heuer wieder voraussichtlich im Sep-

tember der Fall sein wird. BAK-Präsident ist seit März 1997 der Wiener Präsident Herbert Tumpel; er kandidiert auch heuer wieder. Die Wiener Kammer stellt traditionellerweise den BAK-Präsidenten. In der Hauptversammlung hat die FSG derzeit eine überwältigende Mehrheit. Sie hält seit 2004 51 Sitze, der ÖAAB 16.

Wahlberechtigt sind nicht nur die rund 2,6 Mio. unselbstständig Werkstätigen, die die Kammerumlage zahlen und automatisch ins Wählerverzeichnis aufgenommen werden, sondern auch rund 600.000 nicht umlagepflichtige AK-Mitglieder. Das sind Arbeitslose, Lehrlinge, geringfügig Beschäftigte, Zivil- und Präsenzdienster sowie Frauen und Männer in Karenz. Sie müssen die Eintragung in die Wählerlisten beantragen. Wie viele AK-Mitglieder tatsächlich wahlberechtigt sind, steht deshalb noch nicht fest. Zwischen 2,6 und 2,8 Millionen schätzt man in der Arbeiterkammer.

Wie kann gewählt werden?

Die nicht umlagepflichtigen AK-Mitglieder werden in Briefen aufgefordert, ihr Wahlrecht zu nutzen und sich in die Wählerlisten eintragen zu lassen – auch um eine

ZUM THEMA

Respekt vor der Arbeit

Die AK-Wahl in Vorarlberg (26. Jänner – 5. Februar 2009) geht in die „heiße“ Phase: Es zeichnet sich ein spannender Zweikampf zwischen dem schwarzen Amtsinhaber Hämmerle (ÖAAB/FCG) und AK-Vizepräsidentin und FSG-Spitzenkandidatin Manuela Auer ab. Auer konnte 2004 ihre Stimmen- und Mandatszahl mehr als verdoppeln (von 16,11 auf 35,17 %). Wahlziel ist es, das 2004 gewonnene Vertrauen zu halten und womöglich noch auszubauen, so Auer. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit steht eine viel beachtete RESPEKT-Kampagne, in der es vor allem darum geht, dass jede Arbeit Respekt und Anerkennung verdient.

„Wissen, wo der Schuh drückt“

Geschlossen und gut gerüstet geben sich die FSG-Gewerkschafter in Salzburg für die kommende AK-Wahl vom 26. Jänner bis 6. Februar 2009. Die Nummer 1 auf der Liste 1, „FSG – Sozialdemokratische GewerkschafterInnen“ ist wieder AK-Präsident Siegfried Pichler, der seit 2003 die Geschicke der Arbeiterkammer leitet und bei der AK-Wahl 2004 mit der FSG rund 67 Prozent der Stimmen und 49 Mandate holen konnte. „Mir ist es immens wichtig, stets zu wissen, wo den Arbeitnehmern der Schuh drückt, wo es Probleme, Ängste und Sorgen gibt“, definiert Pichler sein zentrales Anliegen.



AK Vorarlberg

FSG-Spitzenkandidatin
Manuela Auer



AK Salzburg

AK-Präsident
Siegfried Pichler

seine Interessen

möglichst hohe Wahlbeteiligung zu erreichen. 2004 betrug sie im Bundes-Durchschnitt 48,8 Prozent und war damit etwas geringer als 2000 (49,1).

Ihre Stimme abgeben können die Wahlberechtigten persönlich in den „Betriebswahlsprengeln“ – also Wahllokalen in den Betrieben – oder im Postweg per Wahlkarte. 2004 kam die Hälfte der Stimmen aus den Betrieben; in Wien wird es heuer bei 650.000 Wahlberechtigten voraussichtlich rund 1.500 Betriebswahlsprengel geben. Wer kein „Wahllokal“ im Betrieb hat, bekommt automatisch eine Wahlkarte zugesandt. Aber auch wenn es ein solches gibt, kann man eine Wahlkarte beantragen.

Starke Arbeitnehmervertretung

Wie die Arbeit der AK aussieht, das bestimmen ihre Mitglieder: Sie wählen alle fünf Jahre ihre Vertretung. So entscheiden die ArbeitnehmerInnen, was die AK tun wird, und wie die politische Richtung aussehen soll. Werwählen geht, stärkt dadurch seine eigenen Interessen. Und: Eine starke AK stellt sicher, dass ihre Mitglieder auch in Zukunft kostenlos Rat und Hilfe von ExpertInnen bekommen. ◆

Wahltermine und FSG-SpitzenkandidatInnen

AK Vorarlberg: 26. 1. – 5. 2.
AK-Vizepräsidentin **Manuela Auer**

AK Salzburg: 26. 1. – 6. 2.
AK-Präsident **Siegfried Pichler**

AK Tirol: 2. 3. – 13. 3.
AK-Vizepräsident **Otto Leist**

AK Oberösterreich: 16. 3. – 28. 3.
AK-Präsident **Johann Kalliauer**

AK Steiermark: 19. 3. – 1. 4.
AK-Präsident **Walter Rotschädl**

AK Burgenland: 23. 3. – 31. 3.
AK-Präsident **Alfred Schreiner**

AK Kärnten: 20. 4. – 30. 4.
AK-Präsident **Günther Goach**

AK Niederösterreich: 5. 5. – 18. 5.
AK-Vizepräsident **Herman Haneder**

AK Wien: 5. 5. – 18. 5.
AK-Präsident **Herbert Tumpel**

KOMMENTAR

Gemeinsam für eine starke Vertretung der ArbeitnehmerInnen

Am 26. Jänner ist es soweit. In Vorarlberg und Salzburg fällt der Startschuss für die Arbeiterkammerwahlen. FSG und SPÖ stellen sich dieser Herausforderung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Angesichts der internationalen Wirtschaftskrise kommt einer starken Vertretung der ArbeitnehmerInnen eine besonders wichtige Rolle zu. Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Werner Faymann hat mit den Konjunkturpaketen und dem Vorziehen der Steuerreform die richtigen Schritte zur Bewältigung der Krise in Österreich gesetzt. Dennoch werden wir auch hierzulande mit den negativen Auswirkungen dieser globalen Krise konfrontiert werden. Es besteht allerdings auch die Chance, dass wir in Österreich die schlimmsten Folgen vermeiden können. Die diese Woche im Parlament beschlossene Ausweitung der Kurzarbeit ist dabei ein Instrument, um weitreichenden Massenentlassungen begegnen zu können. Das Schicksal von zehntausenden Familien steht im Mittelpunkt unserer Arbeitnehmerpolitik.

Die Bedeutung einer starken Arbeiterkammer kann dabei nicht oft genug betont werden. Nur wenn alle Verantwortlichen – auf Bundesebene, in den Ländern und in den Kammern – an einem Strang ziehen, wird es möglich sein, die schlimmsten Effekte für die ArbeitnehmerInnen effizient zu bekämpfen. Was alles möglich ist, wenn Partei und FSG einträchtig zusammenarbeiten, hat uns die Wahlbewegung im Herbst des Vorjahres eindrucksvoll gezeigt.

Die Arbeiterkammerwahl ist aber noch aus einem anderen Grund von besonderer Bedeutung: Diese Wahl ist die erste bundesweite Wahl seit der Nationalratswahl. Sowohl die sozialdemokratische Partei, als auch die FSG kämpfen darum, den Erfolg vom letzten Jahr fortzusetzen. Nicht als Selbstzweck, sondern um dafür zu sorgen, dass die Interessen der ArbeitnehmerInnen gerade in



„Das Schicksal von zehntausenden Familien steht im Mittelpunkt unserer Arbeitnehmerpolitik.“

**SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter**

wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine möglichst starke Stimme finden. Bereits bei der vielbeachteten SPÖ-Winterklausur haben Bundeskanzler Werner Faymann und FSG-Vorsitzender Wilhelm Haberzettl eine klare gemeinsame strategische Ausrichtung der Sozialdemokratie auf die Beine gestellt: Die Schaffung und Absicherung von Arbeitsplätzen durch Konjunkturmaßnahmen und Kaufkraftstärkung und die Bereitstellung von Jugendarbeitsplätzen. Stellen wir uns den Herausforderungen, die auf uns zukommen und arbeiten wir dafür, dass die Sozialdemokratie weiterhin die bestimmende Kraft in der Arbeiterkammer bleibt. Eine starke Sozialdemokratie in der Arbeiterkammer ist der Garant dafür, dass die Interessen der ArbeitnehmerInnen auch in Krisenzeiten engagiert vertreten werden. ◆

Reformen für die Zukunft

Vom Taferlklassler bis zum Maturanten: In die Bildung und somit in die Zukunft unserer Kinder wird in Österreich in großem Ausmaß investiert.



Autor

Die Freude bei Österreichs SchülerInnen ist groß: Denn das viele Geld, das die Regierung für die Schulen ausgibt, bringt bessere Klassenzimmer, mehr Sporteinrichtungen und qualitativere Tagesbetreuung.

Der Wohlstand unserer Gesellschaft wird im Klassenzimmer entschieden“, dieser von Bildungsministerin Claudia Schmied gern zitierte Satz bekommt gerade in Krisenzeiten neue, aktuelle Bedeutung. Österreich ist kein Land mit großen Rohstoffvorkommen. Nur Kreativität, Wissen und Innovation können dazu beitragen, die Einkommen der Bürgerinnen und Bürger langfristig abzusichern. Auch haben Tests wie PISA, PIRLS oder TIMSS gezeigt, dass Österreich im internationalen Vergleich Aufholbedarf im Bil-

dungswesen hat. Länder wie Finnland, bei denen die Gesamtschule schon seit Jahrzehnten Realität ist, sind in diesen Studien – im Gegensatz zu Österreich – Spitzenreiter. Deshalb setzt die Sozialdemokratie auf ein leistungsstarkes, neues und modernisiertes Bildungssystem, das sich an internationalen Best-Practice-Beispielen orientiert. Dazu gehören vorrangig die Einführung der Neuen Mittelschule, aber auch die Berufsmatura, das verpflichtende Kindergartenjahr und die Verbesserung der Schulinfrastruktur. Letzteres hat einen hohen

Stellenwert, denn gelungene Bildung braucht zeitgemäße Räume. Schule ist nicht nur ein Ort zum Lernen, sondern auch ein Lebensraum, immerhin verbringen Kinder und Jugendliche einen nicht unerheblichen Teil ihrer Zeit in Schulgebäuden. Die Bundesregierung hat daher als Teil des Konjunkturpakets massive Investitionen in Schulbauten vorgesehen. Alleine 2009 bis 2010 werden daher Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund 600 Millionen Euro gestartet. Für die österreichischen Schüler heißt dies bessere Klassenzimmer und

mehr Sporteinrichtungen. Ebenso werden die Einrichtungen für Tagesbetreuung ausgebaut, was nicht nur den Kindern zu Gute kommt, sondern Vorteile für Frauen mit sich bringt, da die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert wird. Darüber hinaus werden auch die Arbeitsplätze der Lehrerinnen und Lehrer verbessert. Neben den offensichtlichen Vorteilen für Schülerinnen und Schüler, Familien und Lehrpersonal haben die Investitionen auch arbeitsmarktpolitische Bedeutung. Zahlreiche Arbeitsplätze werden durch den Schulausbau erhalten und geschaffen.

4.300 Arbeitsplätze für Lehrer

Doch nicht nur die Infrastruktur wird modernisiert, sondern auch bei der Lehrerbildung ist viel Neues zu erwarten. Wissensvermittlung muss den aktuellen Erfordernissen angepasst werden, um die Kinder perfekt auf ihr späteres Berufsleben vorzubereiten. Neben dem Vermitteln des Unterrichtsstoffes stehen Lehrer auch zunehmend vor neuen Herausforderungen. Gewalt in der Schule, das Aufeinandertreffen von unterschiedlichen Kulturen und soziale Probleme fordern von Lehrerinnen und Lehrern mehr als die Kenntnisse der grauen Theorie, gefragt sind psychologisches Einfühlungsvermögen und soziale Kompetenz. Deshalb soll eine gemeinsam mit dem Wissenschaftsministerium eingesetzte Arbeitsgruppe bis Ende 2009 die Lehrerbildung auf neue Beine stellen. Zukünftige Lehrer sollen auf höchstem akademischem Niveau ausgebildet werden, um sich bestmöglich den Herausforderungen ihres Berufes stellen zu können. Ebenso wird es für Lehrer verbesserte Karrierechancen geben und höhere Einstiegsgehälter sollen mehr junge Menschen für den Beruf begeistern. Dass mehr Menschen den Beruf des Lehrers ergreifen, ist deshalb wichtig, weil aufgrund der Alterspyramide zwischen 2012 und 2025 die Hälfte aller Lehrerinnen und Lehrer in Pension geht. Doch nicht nur die kommenden Pensionierungen erhöhen den Bedarf an Junglehrern, auch bildungspolitische Reformen wie Kleingruppenunterricht und kleinere Klassen erfordern Personalzuwachs. Bis Ende der Legislaturperiode 2013 sollen 4.300 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Mit diesen bildungspolitischen Reformen wird es gelingen, Österreich an die internationale Spitze zu bringen – zum Wohle unserer Kinder wie auch zum Wohle unseres Landes. ♦

INTERVIEW „Unsere Schulen müssen wieder Weltklasse werden“

Bildungsministerin Claudia Schmied im „SPÖ-Aktuell“-Interview über PISA und die Folgen, die Bildungsstandards und über Österreichs Schule im Jahr 2013.

SPÖ-Aktuell: Frau Minister Schmied, die letzten großen Schultests haben Österreich kein gutes Zeugnis ausgestellt. Wo sehen Sie die Wurzeln dafür – und wie kann es gelingen, die heimischen Schulen wieder auf Top-niveau zu bringen?

Claudia Schmied: Mit gemeinsamer Kraftanstrengung. Mir liegt nichts an einfachen Schuldzuweisungen, die noch dazu in die Vergangenheit zurückweisen. Viel wichtiger ist es, dass die Bildung in der Regierung Faymann wieder den hohen Stellenwert hat, den sie braucht und verdient. Denn eines ist klar: Die Zukunft unseres Landes wird im Klassenzimmer entschieden. Die Ergebnisse bei den großen internationalen Schultests – ob PISA oder TIMSS – sind eine Bestätigung für die Notwendigkeit der Fortsetzung meines Reformkurses. Was wir jetzt brauchen, ist ein ganzes Bündel von ambitionierten Maßnahmen: Das reicht von der besseren Lehrerbildung samt Aufnahmeverfahren, über das verpflichtende Kindergartenjahr, wo Kinder schon vor der Schule bestens vorbereitet werden bis zum Meilenstein der Bildungsstandards. Und auch die einheitliche Matura wird für eine einheitlich gute Qualität unserer Schulen sorgen.

Apropos Bildungsstandards. Was passiert eigentlich mit den Testergebnissen?

Claudia Schmied: Erstmals wird es ein Feedback über die erreichten Kompetenzen der SchülerInnen in den Schlüsselfächern Deutsch, Mathematik und Englisch in der 4. und 8. Schulstufe geben. Die SchülerInnen erhalten Ihr persönliches Ergebnis. Die LehrerInnen bekommen anonymisiert die Einzelergebnisse ihrer SchülerInnen. Weitere Ergebnisadressaten sind Schulleitung und Schulaufsicht. Diese Informationen werden zu engagierten Gesprächen und Maßnahmen in den Bereichen Unterrichtsmethoden und Lehrereinsatz führen.

Es gibt Befürchtungen, wonach eine Zentralmatura dazu führt, dass das Niveau sinkt, weil sich die Standard-Matura eher an schlechten Schülern orientiert als an guten.

Claudia Schmied: Die Befürchtungen sind unbegründet. Der Lehrplan gilt für alle AHS. Die vorwissenschaftliche Arbeit und die mündlichen Prüfungen bieten Platz für Standortschwerpunkte. Die vorgegebenen schriftlichen Prüfungen sichern die Qualität und bilden die erreichten Kompetenzen ab. Wir werden im AHS-Bereich starten, die berufsbildenden Schulen werden folgen.

Formanek



Bildungsministerin Claudia Schmied

Eine abschließende Frage: Wie wird das österreichische Schulsystem am Ende dieser Legislaturperiode aussehen?

Claudia Schmied: Vieles von dem, was heute noch als Innovation gilt, wird 2013 ein fixer Bestandteil des Schulalltags sein. Das gilt für die Bildungsstandards genauso wie für die einheitliche Matura, die kleineren Klassen und eine neue Ausbildung für alle Lehrerinnen und Lehrer. Damit all das Realität wird, müssen wir gemeinsam und entschlossen den Weg der Reformen weiter gehen. ♦

QUALITÄTSOFFENSIVE

Eine für alle, alle für eine – die Standardmatura kommt

Endlich findet die Chancengleichheit Eingang in die Bildungspolitik. Mit Bildungsstandards und Standardmatura wird die Qualität aller Schulen nachhaltig verbessert.



Die Matura soll künftig in ganz Österreich zum selben Zeitpunkt durchgeführt werden.

Ein weiterer Meilenstein der Bildungsreform ist vollbracht, Bildungsministerin Claudia Schmied setzt die geplanten Bildungsstandards um. „Wir müssen es schaffen, vom Neusiedlersee bis zum Bodensee einheitlich guten Unterricht anzubieten. Die Eltern müssen die Sicherheit haben, dass eine öffentliche Schule für beste Qualität steht“, erklärt die Bildungsministerin. Um das derzeitige Niveau der Schulen zu heben und später

schon die ersten entsprechenden Schulbücher.

Standardisierte Matura schließt Individualität nicht aus

Vollendet wird das Konzept der Bildungsstandards mit der standardisierten kompetenzorientierten Matura, die 2013/14 eingeführt werden soll und von drei Säulen getragen wird. Im schriftlichen Teil der

Fotolia

vergleichen zu können, wird es nach Ostern eine Baseline-Testung geben. Diese wird in den vierten Klassen der Hauptschule und AHS an rund 30 Prozent der Schulen durchgeführt. 2010 folgt das gleiche in den vierten Klassen der Volksschulen. So soll vor allem das Ausmaß der Wirksamkeit der Bildungsstandards festgestellt werden.

Begleitend mit der Einführung der Bildungsstandards erscheinen nächstes Jahr auch

Klausur geht es in erster Linie darum, die Kompetenzen der AHS-Kernbereiche abzu prüfen. Auf autonome Schwerpunkte der Schulen könne bei der vorwissenschaftlichen Arbeit bzw. beim mündlichen Teil der Matura eingegangen werden, entgegnet Bildungsministerin Schmied jenen Kritikern, die die Individualität der einzelnen Schule durch eine Standardmatura gefährdet sehen. Entwickelt wurde das Modell von renommierten Experten des BIFIE (Bildungsinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens), es stieß bereits bei zahlreichen Bildungsexperten, wie auch bei den Parteien auf positives Echo. Vor allem hebe sich für die LehrerInnen, so der Tenor, durch eine einheitliche Matura das Problem auf, gleichzeitig Förderer und Prüfer zu sein. Sie können sich somit allein auf die individuelle Förderung der SchülerInnen konzentrieren. Für die Schaffung der gesetzlichen Basis soll das Thema noch im Frühjahr den Ministerrat passieren. Und im heurigen Schuljahr folgt dann die Erarbeitung der Verordnung, unter Einbeziehung der Schulpartner. ♦

Prüfungsbeispiele zur standardisierten Matura zum Ausprobieren unter:
www.bifie.at/standardisierte-reifepuefung

NEUE MITTELSCHULE

Erfolgssstory geht ungebremst weiter

Gestartet ist das Erfolgsprojekt Neue Mittelschule bekanntlich schon im Schuljahr 2008/09. Damals mit 67 Standorten und der Auflage, lediglich 10 Prozent der Pflichtschulklassen pro Bundesland als Neue Mittelschule zuzulassen. War es die Bundes-ÖVP, die sich damals gegen mehr Standorte gewehrt hat, so kam diese nun intern unter Druck. Denn Vorarlberg hat sich mit 28 neuen Standorten für das Schuljahr 2009/10 beworben, hat aber bereits 23 Standorte und damit die 10-Prozent-Quote ausgeschöpft. Bundesministerin Claudia Schmied nahm daher

umgehend die Gespräche mit ÖVP-Bildungssprecher Werner Amon zur Erweiterung dieser Quote auf. Rasch einigte man sich jetzt auf eine österreichweite 10-Prozent-Quote der Pflichtschulklassen, die die Deckelung pro Bundesland ersetzt. Somit kann nun grünes Licht für Vorarlberg und auch das Burgenland, das weitere 9 Standorte eröffnen will, gegeben werden. Insgesamt können dadurch künftig 3.700 Klassen als Neue Mittelschule geführt werden. Schmied zeigte sich erfreut, dass „die Bundesländer nicht in ihrem Innovationsschub gebremst werden“. ♦



Fotolia

2009/10 können insgesamt 476 Klassen am innovativen Modellversuch teilnehmen.

Was ist eigentlich ...?

Was genau ist eigentlich die Neue Mittelschule und was sind Bildungsstandards? „SPÖ-Aktuell“ widmet sich im Rahmen des Schwerpunkts „Schule“ den wichtigsten Zukunftsreformen, die dank Bildungsministerin Claudia Schmied für frischen Wind in den Klassenzimmern sorgen.



Damit Lernen Freude macht: Der Reformkurs für die Schule geht weiter.

Begleitender Konzept für die gemeinsame Ausbildung aller im Lehrberuf Tätigen, auch für KindergartenpädagogInnen. Ziel ist es, junge Menschen mit einer erstklassigen Ausbildung, einem neuen Dienstrecht, attraktiven Einstiegsgehältern und besseren Aufstiegschancen für den Lehrberuf zu begeistern. Mit einem Aufnahmeverfahren sollen jene Menschen gefunden werden, die am besten für den Beruf geeignet sind. All diese Neuerungen sollen bis 2013 umgesetzt werden.

ARBEITSPLÄTZE für Lehrer: Mehr Lehrerinnen und Lehrer bedeuten auch bessere Betreuung für unsere Kinder. Für beides hat Schmied gesorgt: Bereits im Schuljahr 2007/2008 konnten 1.500 Lehrer mehr beschäftigt werden. Und bis 2013 sollen 4.300 zusätzliche Lehrer in den Klassen unterrichten und so für eine höhere Bildung für mehr junge Menschen sorgen. Natürlich wird auch für die beste Aus- und Weiterbildung unserer Lehrer gesorgt werden.

BILDUNGSSTANDARDS: Sie sind so etwas wie ein „Schul-TÜV“. Denn mit dieser Qualitätskontrolle des Unterrichts, die vor kurzem per Verordnung erlassen wurde, werden Lernergebnisse und Kompetenzen festgelegt, die Schüler an den „Nahtstellen“ (4. und 8. Schulstufe) des Bildungswesens erreicht haben sollen. Mit Hilfe von Standardtests werden die erworbenen Kompetenzen in Deutsch, Mathematik und Englisch objektiv festgestellt und mit

den angestrebten Lernergebnissen verglichen. Begonnen wird damit österreichweit für die 8. Schulstufe ab dem Schuljahr 2011/12, die 4. Schulstufe folgt 2012/13. Wichtig dabei: Es geht nicht um Noten für Schüler, sondern darum, festzustellen, ob die Unterrichtsmethoden der Lehrer Erfolg haben. Festgestellt wird das in Tests, wobei die Lehrer nur die anonymisierten Klassenergebnisse zu sehen bekommen – und eine Rückmeldung darüber, wie sie im Vergleich zu anderen Schulen liegen. Schon ab heuer müssen die Lehrer ihren Unterricht so gestalten, dass jeder Schüler zu seinen besten Lernergebnissen hingeführt wird.

LEHRERAUSBILDUNG neu: Wichtige Partner für ein leistungsstarkes Bildungssystem sind motivierte Lehrer, für die es eine neue und moderne Lehrerausbildung geben wird. Bis Ende 2009 erarbeitet eine gemeinsam mit dem Wissenschaftsministerium eingesetzte Expertengruppe ein

NEUE MITTELSCHULE: In der gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen stehen individuelle Förderung und Zuwendung im Vordergrund. Die Neue Mittelschule bietet die Möglichkeit, Schüler unterschiedlichster Fähigkeiten und sozialer Herkunft gemeinsam zu unterrichten – und sie entsprechend ihrer Talente individuell zu fördern. Erfreulich: Dieses hochattraktive öffentliche Schulangebot gibt es bereits an 243 Standorten in allen 9 Bundesländern (siehe dazu auch: www.neuemittelschule.at).

ZENTRALMATURA: Mit der Einführung der standardisierten, kompetenzorientierten Reifeprüfung will Ministerin Schmied dafür sorgen, dass es einen einheitlich guten Unterricht gibt – vom Neusiedlersee bis zum Bodensee. Derzeit wird die neue Matura in Kooperation mit Praktikern und Pilotschulen geprobt. Ab 2014 sollen dann alle AHS-Maturanten österreichweit zur selben Zeit dieselben schriftlichen Maturafragen in den Fächern Deutsch, Mathematik und einer lebenden Fremdsprache bekommen. Ergänzt wird dies durch eine kleine vorwissenschaftliche Arbeit und eine individuelle mündliche Prüfung. Beginnend mit der AHS soll die neue Matura auf alle Schularten ausgeweitet werden. ♦

RÜCKBLICK

Geburt der Arbeiterkammern

Bereits in der Ersten Republik wurde die Funktion der Arbeiterkammern als politisches Gegengewicht zu den längst existierenden Unternehmerkammern festgelegt. Von Anfang an ging es dabei auch um den Anspruch der ArbeitnehmerInnen auf wirtschaftliche Mitentscheidung.



Die Arbeiterkammern fungierten als Schutzschild für die sozialen Errungenschaften. (ArbeiterInnen um 1920)

Handelskammern bestehen in Österreich seit 1848. Sie stellten schließlich die Abgeordneten in der „Unternehmerkurie“ des Reichsrates. Im Kaiserreich hatte die Forderung nach gleichberechtigter Anerkennung der Arbeitnehmerinteressen keine Chance. Erst in den Anfangsjahren der Ersten Republik wurden die Grundlagen einer umfassenden Sozialgesetzgebung geschaffen. Und der Kongress der sozialdemokratischen Freien

Frühjahr 1921 traten die ersten konstituierenden Vollversammlungen zusammen. Den „Kammern der gewerblichen Unternehmer“ standen jetzt „für die in Gewerbe und Industrie, in Handel und Verkehr beschäftigten Arbeiter und Angestellten“ Einrichtungen gegenüber, die „nicht nur völlig gleichwertig, sondern auch in ihrem Wirkungskreis derart ähnlich gestaltet sind, dass ein Zusammenwirken der beiderseitigen Körperschaften bei der Lösung von

VGA Gewerkschaften forderte kategorisch die Errichtung von Arbeiterkammern als Schutzschild für die sozialen Errungenschaften. Am 26. Februar 1920 wurde das Gesetz über die Errichtung von Kammern für Arbeiter und Angestellte von der konstituierenden Nationalversammlung beschlossen. Am 9. März 1920 erfolgte seine Kundmachung. Drei Monate nahmen die notwendigen Vorbereitungen in Anspruch. Am 9. Juni 1920 trat das erste Arbeiterkammergesetz in Kraft. Und im Februar 1921 wurden die ersten AK-Wahlen durchgeführt. Im

wichtigen Aufgaben der wirtschaftlichen Verwaltung ohne Schwierigkeiten möglich ist“. So stand es 1920 in den erläuternden Bemerkungen zur Regierungsvorlage. Es ging also nicht nur um die Sicherung der sozialen Errungenschaften, sondern um den Anspruch der Arbeitnehmer auf wirtschaftliche Mitentscheidung. Die Aufgabe der wirtschaftlichen Mitbestimmung konnten die Arbeiterkammern während der Ersten Republik nicht in dem ihnen zugeordneten Ausmaß erfüllen; die Entwicklung ließ für „sozialpartnerschaftliches“ Verhandeln keinen Raum. Aber die Selbstverwaltungsorgane der Arbeiterkammern boten die einzige gemeinsame Plattform für die verschiedenen Richtungsgewerkschaften. Einen überparteilichen Gewerkschaftsbund gab es ja noch nicht.

Als untrennbar mit der Demokratie verbundene Einrichtungen mussten die Arbeiterkammern zwangsläufig dem autoritären Kurs der dreißiger Jahre zum Opfer fallen.

Nach der Ausschaltung des Parlaments im Frühjahr 1933 gab es keine AK-Wahlen mehr. Mit 1. Jänner 1934 wurden Regierungskommissäre eingesetzt und Verwaltungskommissionen ernannt. Im folgenden Ständestaat wurden die Arbeiterkammern in das System des staatlich kontrollierten „Gewerkschaftsbundes der österreichischen Arbeiter und Angestellten“ eingegliedert. Die nationalsozialistischen Machthaber lösten sie dann 1938 ganz auf.

Die Gesetzgebung der Zweiten Republik knüpfte direkt an die der Ersten Republik an. Bereits am 20. Juli 1945 beschloss der Nationalrat auch die Wiedererrichtung der Arbeiterkammern in demokratischer Selbstverwaltung. Die Grundsätze in Aufgabenstellung und Organisation blieben bis heute unverändert, wenn es auch immer wieder notwendig war, Verbesserungen vorzunehmen und neue Anforderungen zu berücksichtigen. ♦

ZUM THEMA

AK-Wahlen

9. Juni 1920: Das erste AK-Gesetz tritt in Kraft.

Februar 1921: Die ersten AK-Wahlen wurden durchgeführt, die zweiten 1926. Die dritten Wahlen, 1931 fällig, wurden vom Parlament um zwei Jahre verschoben, kamen aber wegen der ständestaatlichen Diktatur nicht mehr zustande.

März 1933: Nach der Ausschaltung des

Parlaments mussten auch die Vertreter der Freien Gewerkschaften ihre Mandate niederlegen.

1. Jänner 1934: Die Arbeiterkammern wurden unter staatliche Kuratel gestellt, die Funktionäre wurden durch ernannte ersetzt.

20. Juli 1945: Der Nationalrat beschließt die Wiedererrichtung der Arbeiterkammern.

Sachbuch

Öl-Ende

Richard Heinberg greift ein topaktuelles Thema auf – was tun, wenn das Öl zur Neige geht.

Im Juli 2008 kletterte der Rohölpreis auf über 140 Dollar pro Barrel. Innerhalb eines Jahres hat er sich damit verdoppelt, in vier Jahren stieg er um das 4,4-fache. Die Endlichkeit der Erdölvorräte beginnt auf den Markt durchzuschlagen – ein Schock für die globale Wirtschaft, die sich bislang darauf verlassen hat, dass das Öl in jeder gewünschten Menge zur Verfügung stehen würde. Richard Heinberg, einer der international anerkanntesten Experten auf dem Gebiet

des Erdölverbrauchs, belegt, dass bereits jetzt der „Peak Oil“ eingetreten ist, während der weltweite Bedarf an „flüssigem Gold“ unaufhörlich weiter zunimmt. Er zeigt Alternativen zur Erdölgesellschaft auf, für die es inzwischen höchste Zeit geworden ist.

Dieses Buch versorgt alle, die die aktuelle wirtschaftliche und energiepolitische Entwicklung verstehen und wachsam mitverfolgen wollen, mit den nötigen Fakten. ◆

Wirtschaft

Alles wird gut

Ein Buch für alle, die wissen wollen, was nach Krisenangst und Panik kommt.

Ökonomische Desaster waren in der Geschichte der Welt fast immer Vorboten nachhaltiger Veränderungen zum Positiven und treibende Kräfte sozialer und politischer Quantensprünge. Oliver Tanzer und Co-Autor Markus Wolschlagel spannen einen Bogen vom Mittelalter bis in die Neuzeit, von frühchristlichen Konzilen über die Französische Revolution bis zur großen Depression der 30er-Jahre und zeigen auf, dass Politiker und Völker große Krisen als Keimzellen für eine bessere Welt für eine

bessere Welt genutzt haben. So hat etwa die Französische Revolution zu den Menschenrechten und die Krise in der Gründerzeit zur Entwicklung des Sozialstaates geführt. Manchmal wurde die Chance aber auch vertan und nachhaltige Fehlentwicklungen ausgelöst. Die Autoren analysieren den aktuellen Einbruch der Weltwirtschaft, erklären die Ursachen der Rezession und zeigen, wie auch diese Krise unsere Gesellschaft auf Dauer sicherer und gerechter machen könnte. ◆

Restitution

Verlorene Bilder, verlorene Leben

Das Naziregime enteignete etwa 600.000 Kunstwerke aus jüdischem Besitz. Das Buch zeigt den Kampf um Gerechtigkeit.

Während die Medien häufig nur über die heute zu erzielenden Kaufpreise der Bilder berichten und das Schicksal der beraubten Sammler regelrecht ausblenden, geht es den Autorinnen Müller und Tatzkow um die Menschen, die diese Bilder erwarben, besaßen und verloren, weil sie als Juden oder „jüdisch Versippte“ von den Nazis verfolgt wurden. Die jahrelange Recherche der ausgewählten Biographien führte in die USA, nach Holland, Frankreich, Italien, Österreich und die Schweiz.

Wie sehr die Überlebenden und ihre Nachkommen, denen oft nur die Suche nach ihren verlorenen Bildern geblieben ist, in jahrzehntelangen Bemühungen gedemütigt, nochmals enteignet und betrogen wurden, wirft ein trübes Licht auf viele Museen, Institutionen, Politiker, Auktionshäuser und Privatbesitzer. Dieses Buch möchte einen Beitrag dazu leisten, dass Leben und Werk dieser weitsichtigen Sammler und Mäzene nicht vergessen werden. ◆

☐ Stk.


Richard Heinberg:

Öl-Ende.

Riemann Verlag,
München 2008;
459 S., 21,60 €

☐ Stk.


Tanzer, Wolschlagel:

Alles wird gut.

edition a,
Wien 2009;
183 S., 19,95 €

☐ Stk.


Müller, Tatzkow:

Verlorene Bilder, verlorene Leben.

Elisabeth Sandmann Verlag,
München 2009;
249 S., 35 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



TIROL

Startschuss in Tirol



Regelmäßig wird Bundeskanzler Werner Faymann die Bundesländer besuchen. Sein erster Besuch führte ihn nach Tirol.

Bei der SPÖ-Präsidiumsklausur in Salzburg war festgelegt worden, dass der SPÖ-Vorsitzende Bundeskanzler Werner Faymann ab sofort die Kontakte mit den Menschen in den Bundesländern forcieren wird. Der Startschuss erfolgte in Tirol, ein Bundesland, das Faymann zum ersten Mal in seiner Funktion als Bundeskanzler besucht. Der Innsbrucker ÖGB-Saal platzte aus allen Nähten, als Faymann der Parteibasis seine Überlegungen zur Konjunkturbelebung skizzierte und dabei die Bekämpfung bzw. Vorbeugung der Arbeitslosigkeit als oberstes Prinzip nannte. Der zweite Besuchstag führte Faymann nach dem landesüblichen Empfang beim Landes-



SPÖ Tirol

Franz Hilber, Werner Faymann, Otto Leist, Hannes Gschwentner, Peter Hilber und Lisa Jenewein vor Photovoltaikanlagen der Firma Solon Hilber

hauptmann nach Steinach, zur Firma Solon Hilber, die ihre Photovoltaikanlagen in die ganze Welt exportiert und in den fünf Jahren ihres Bestehen eine unglaubliche Erfolgsstory vorzuweisen hat. Der Bundeskanzler und ehemalige Infrastrukturminister hatte dieses Unternehmen deshalb ausgewählt, weil es für eine

innovative, zukunftsorientierte Energieversorgung steht. Danach blieb Bundeskanzler Werner Faymann noch Zeit, die Rathausgalerien zu besuchen, Autogrammkarten zu unterschreiben und mit Bürgerinnen und Bürgern zu sprechen – „ein Kanzler zum Anfassen“, wie eine junge Frau begeistert anmerkte. ♦

OBERÖSTERREICH

SPÖ setzt Gratiskinderbetreuung durch



Bereits im vergangenen Sommer forderte LH-Stv. Erich Haider den Gratiskindergarten, inklusive gratis Mittagsverpflegung – und die ÖVP schmetterte ab. Bürgermeister, die einen Alleingang planten, bekamen den Zorn des Landeshauptmannes zu spüren. Doch jetzt ist es endlich durch. Die Oberösterreichische Landesregierung beschloss den Gratiskindergarten und darüber hinaus sogar noch die – wiederum von der SPÖ eingebrachte – Gratisbetreuung in der Krabbel-



Gratiskindergarten und Gratiskinderbetreuung in der Krabbelstube kommen.

Fotolia

stube. „Es sind sich wohl alle einig, dass dieser Schritt notwendig ist, weil eine entsprechende Förderung der Kinder, eine Entlastung der Familien und eine Verbesserung der Position der Frauen in der Arbeitswelt ein Anliegen sein muss“, so LH-Stv. Erich Haider und Sozial-Landesrat Josef Acknerl. ♦

WIEN

„roots & vision“: Zum 60. ASKÖ-Geburtstag



Noch bis Anfang Februar ist die Ausstellung des ASKÖ-Wien in Kooperation mit der Wiener Bildung im Foyer der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle zu sehen. Unter dem Titel „roots & visions“ wird die Bedeutung und Entwicklung des Sports in der Zweiten Republik dokumentiert. ASKÖ-Wien Präsidentin Beate Schasching, die vor zahlreichen Zeitzeugen die Ausstellung eröffnete, spannte den Bogen zur heutigen Bedeutung des Sports im gesellschaftlichen Kontext. „Die Zusammenarbeit von Schule und Vereinssport ist die beste Chance, ein multisportives Bewegungsangebot sicherzustellen.“ In einer Ganztagschule sollen VereinstrainerInnen und LehrerInnen sich ergänzen, so Schasching. ♦



Low

SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Bettina Stadlbauer und ASKÖ-Wien-Präsidentin Beate Schasching.

KÄRNTEN

Die besten Teams für Kärnten



Auch in den großen Kärntner Städten Klagenfurt, Villach und St. Veit startete die SPÖ für den Superwahlsonntag durch – mit perfekten Auftaktveranstaltungen und den besten Teams für Kärnten.

„Wie eine Löwin“ werde sie für Kärntens Landeshauptstadt kämpfen, das kündigte die Spitzenkandidatin der SPÖ-Klagenfurt, Maria-Luise Mathiaschitz, bei der von mehr als 500 Gästen besuchten Auftaktveranstaltung an. Auch das Ziel ihrer „Offensive für Klagenfurt“ ist völlig klar: „Die bessere Bürgermeisterin und stimmenstärkste Partei“. Mathiaschitz will als zukünftige Bürgermeisterin erste Anlaufstelle für alle BürgerInnen sein. Und für die Stadtpolitik will Mathiaschitz Offensiven bei der Sicherheit, Wirtschaft und bei der Lebensqualität setzen. Ein starkes Signal für eine zukunftsorientierte Stadtpolitik und für Erneuerung wurde auch in der Draustadt Villach gesetzt. Dort nämlich wurde das SPÖ-Team für die Bürgermeister- und Gemeinde-



Der Kärntner SPÖ-Spitzenkandidat Reinhart Rohr und die Klagenfurter Spitzenkandidatin Maria-Luise Mathiaschitz beim Wahlauftritt der SPÖ-Klagenfurt.

ratswahl präsentiert. Neben anerkannten GemeinderatsvertreterInnen sind auch KandidatInnen aus dem Kompetenz-Pool dabei. Klares Ziel ist die konsequente Weiterführung des tollen Villacher Erfolgsweges unter Bürgermeister Helmut Manzenreiter, der mit seinem Team für Verantwortungsbewusstsein und Dynamik steht.

SPÖ Kärnten

Das beste Team für St. Veit

Und auch in der Herzogstadt St. Veit präsentierte die SPÖ ihre KandidatInnen für den Gemeinderat. Dabei stellte Bürgermeister Gerhard Mock klar: „Wir haben das beste Team für St. Veit“. Daher ist Mock auch zuversichtlich, dass die SPÖ-St.Veit ihre klare Zwei-Drittel-Mehrheit (21 von 31 Mandaten im Gemeinderat) vom letzten Mal halten kann.

Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen BZÖ und SPÖ

Rund eineinhalb Monate vor der Kärntner Landtagswahl am 1. März zeichnet sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem BZÖ und der SPÖ unter Spitzenkandidat Reinhart Rohr ab. Laut einer aktuellen Gallup-Umfrage kommt das BZÖ auf 41 Prozent, während die SPÖ aufholt und derzeit bei 35 Prozent liegt. Das Motto muss auch weiterhin lauten: „Volles Rohr“ damit Kärnten in besten Händen ist. ♦

SALZBURG

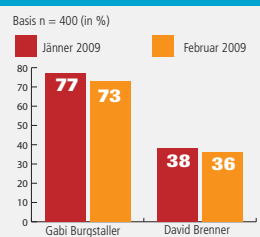
Jeder Arbeitsplatz zählt



Die SPÖ will den Weg vom Ein-Personen-Unternehmen zum Klein- und Mittelbetrieb durch eine Förderung des ersten Angestellten erleichtern.

„Gerade in Zeiten wie diesen ist es wichtig, dass alles erdenkliche unternommen wird, um Arbeitsplätze zu schaffen“, betont SPÖ-Landespartei-vorsitzende Landeshauptfrau Gabi Burgstaller. Die Salzburger SPÖ tritt daher für eine zielgerichtete Unterstützung für Ein-Personen-Unternehmen ein, die ArbeitnehmerInnen anstellen wollen. „Derzeit spielt diese Unter-

nehmergruppe beim Wachstumsfonds noch eine untergeordnete Rolle“, so Burgstaller. Sie will eine eigene Schiene mit einer zielgerichteten Förderung im Wachstumsfonds umgesetzt wissen, der mit 12 Mio. Euro dotiert ist und von Salzburgs ÖVP-Chef und LH-Stv. Wilfried Haslauer verwaltet wird.

Vertrauensindex
„Zu diesen Politikern habe ich Vertrauen“

Stabiler Vorsprung für SPÖ

Alle Umfragen zeigen derzeit einen stabilen Vorsprung der Salzburger SPÖ. Trotzdem wird die Wahl sicherlich kein Selbstläufer, es ist noch sehr viel Bewegung in der Wählerschaft erkennbar.



Lehmann

Burgstaller: Wer einen Arbeitnehmer anstellt, soll Fördermittel aus dem Wachstumsfonds erhalten.

Der Vertrauensindex (IGF) stimmt optimistisch: Gabi Burgstaller konnte im letzten Jahr an Vertrauen zulegen und erreicht hervorragende Werte: plus vier Prozent. LH-Stv. David Brenner konnte ein Vertrauens-Plus von zwei Prozent einfahren. Übrigens: Wenn die SPÖ bei der Landtagswahl 2009 wieder den größten Zuspruch erhält, wird eine Koalition mit dem Zweitplatzierten – voraussichtlich die ÖVP – angestrebt. ♦



Endlich kommt Bewegung ins Schulsystem

Eine Hand voll Schülertests und die heftige öffentliche Debatte aufgrund mäßiger Ergebnisse führten zu einem Wendepunkt in der österreichischen Schuldiskussion.



Bilderbox

Sprachförderung, kleinere Klassen, Bildungsstandards und Vieles mehr: Schulreform hat Aufwind.

Seit mehr als zehn Jahren sind die Problembereiche im Schulsystem gut bekannt: eine veraltete Schulstruktur mit hohen Kosten, erhebliche Unterrichts- und Leistungsprobleme, riesige Qua-

litätsdifferenzen zwischen den Schulen, mangelnde Chancengerechtigkeit, ungleiche Leistungsbeurteilung und Abschlüsse, Qualifikationsprobleme bei MigrantInnen, niedrige Maturanten- und Akademikerquoten. Es gab ausführliche Expertisen seitens der Bildungsforschung, es gab den Bericht und den Reformplan der Zukunftskommission – und es gibt alle zwei bis drei Jahre OECD-Statistiken mit regelmäßig schlechten Nachrichten von PISA, TIMSS und Co. über die erzielten Schülerleistungen, vor allem in Lesen und Mathematik. Die notwendigen Konsequenzen haben die Regierungen bis 2006 aber schmerzlich vermissen lassen. Man beschuldigte lieber pauschal die ForscherInnen der Inkompetenz und drohte mit Entzug der Forschungsmittel. Die offizielle Linie der ÖVP-geführten Regierungen wurde von der erzkonservativen, reformfeindlichen AHS-Lehrergewerkschaft stärker geprägt als von fortschrittlichen Bildungskonzepten der Wirtschaftskammer und der Industriellenvereinigung. Als eine Folge befand sich in der Öffentlichkeit das Image der verantwortlichen Ministerin Gehrler seit etwa 2003 im freien Fall.

Die Konsequenz aus dieser einseitigen Reformverweigerung wurde im „Bildungswahlkampf“ Oktober 2006 von den WählerInnen präsentiert: Die SPÖ und Alfred Gusenbauer setzten mit bekanntem Erfolg auf das zentrale Thema „Bildungsreform“ (wie übrigens auch die Grünen unter Van der Bellen). Und die neue Unterrichtsministerin Claudia Schmied konnte 2007 zügig daran gehen, die versprochenen Verbesserungen im Schulsystem zu planen, zu finanzieren und umzusetzen. Sie sah sich allerdings von Beginn an mit einem Regierungs-„Partner“

konfrontiert, der zu substantiellen Zugeständnissen kaum bereit war.

Insofern ist es ein großer Erfolg für Schmied, in relativ kurzer Zeit mehrere große Reformprojekte erfolgreich auf Schiene gestellt zu haben: die Neue Mittelschule offen für alle SchülerInnen als Hoffnung auf mehr Chancengerechtigkeit im System, die Reduktion der Klassengrößen zusammen mit stärkerer Individualisierung zur Verbesserung der Förderung, die Einführung der Bildungsstandards und der standardisierten Reifeprüfung als wichtiges Mittel der Qualitätssicherung, die Sprachstandsmessung und Sprachförderung im letzten (bald verpflichtenden) Kindergartenjahr, die Neugründung des Bundesinstituts BIFIE zum regelmäßigen Monitoring der Fortschritte und zur Unterstützung der Reformarbeit.

Wichtige Verbesserungsvorhaben wurden also begonnen, das Schulsystem kommt endlich in Bewegung. Langfristige Weichenstellungen, vor allem die Struktur, Verwaltungs- und Dienstrechtsreform oder die gemeinsame, auf höchstem akademischen Niveau stattfindende LehrerInnen-Ausbildung, könnten die Entwicklung weiter fördern, wenn das Klima in der neuen Koalition Faymann-Pröll sich konstruktiv entfaltet, die „Bildungs-WG“ Schmied-Hahn das sachorientierte Gespräch weiter pflegt und wenn die Ankündigung, auch und besonders in Zeiten der Wirtschaftskrise in Bildung speziell zu investieren, von der Regierung ernsthaft umgesetzt wird. ♦

„Es ist ein großer Erfolg für Schmied, in relativ kurzer Zeit mehrere große Reformprojekte erfolgreich auf Schiene gestellt zu haben.“

litätsdifferenzen zwischen den Schulen, mangelnde Chancengerechtigkeit, ungleiche Leistungsbeurteilung und Abschlüsse, Qualifikationsprobleme bei MigrantInnen, niedrige Maturanten- und Akademikerquoten. Es gab ausführliche Expertisen seitens der Bildungsforschung, es gab den Bericht und den Reformplan der Zukunftskommission – und es gibt alle zwei bis drei Jahre OECD-Statistiken mit regelmäßig schlechten Nachrichten von PISA, TIMSS und Co. über die erzielten Schülerleistungen, vor allem in Lesen und Mathematik. Die notwendigen Konsequenzen haben die Regie-

DDr. **Günther Haider** ist als Leiter der PISA-Studie bekannt geworden. Er war Vorsitzender der Zukunftskommission der Regierung, die 2005 ein umfassendes Reformkonzept für die Schule vorgelegt hat. Im April 2008 wurde er zum Direktor des Bundesinstituts BIFIE ernannt.

TERMINKALENDER

Donnerstag, 29. Jänner

„I Sí , se puede! Wohin geht Kuba?“

Der Jahrestag der Kubanischen Revolution jährt sich heuer zum 50. Mal. Aus diesem Anlass diskutieren Miguel Angel Martínez (Vizepräsident des Europäischen Par-

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18
Chef v. Dienst: Alexander Lutz
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Daniela Fazekas, Mag. Ute Pichler, Peter Slawik, Sabine Weinberger
Layout: Thomas Lehmann,
Coverfoto: Fotolia
Bildbearbeitung: Max Stohanzl,
Sekretariat: Michael Pavelka,
Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH,
1014 Wien, Löwelstraße 18
Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at
Homepage: www.spoe.at

laments, Vorsitzender der Freundschafts- und Solidaritätsgruppe mit Kuba im Europäischen Parlament), Carolus Wimmer (Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Venezuelas, Sekretär für internationale Beziehungen und Abgeordneter des Lateinamerikanischen Parlaments) und Staatssekretär Andreas Schieder.

Die Begrüßung erfolgt durch Norma Miduelina Goicochea Estenoz (Botschafterin der Republik Kuba in Österreich) und Hans Mikosch, Vorsitzender der Österreichisch-Kubanischen Gesellschaft.

Der Vortrag und die Diskussion in deutscher und spanischer Sprache werden übersetzt.

Anmeldung unter:

e-mail: post@renner-institut.at

Telefon: 01-804 65 01

Fax: 01-804 08 74

Beginn: 18:30 Uhr
Albert-Schweitzer-Haus
Schwarzspanierstraße 13
1090 Wien

Freitag, 30. Jänner

„Die soziale Frage – Wie kann ein neuer Sozialkontrakt gestaltet werden?“

Rudolf Hundstorfer, Bundesminister für Soziales, Arbeit und Konsumentenschutz, Michael Landau, Caritasdirektor der Erzdiözese Wien, Karl Öllinger, Nationalratsabgeordneter und Sozialsprecher der Grünen, Martin Schenk, Sprecher der Armutskonferenz und Gertraud Knoll, Sprecherin und Mitinitiatorin des Sozialstaats-Volksbegehrens, diskutieren über die soziale Lage in Österreich. Im Vorfeld der von neuBasis organisierten Diskussion präsentieren Andreas Höferl und Barbara Hauenschild den zweiten Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich.

Beginn: 18:30 Uhr
Pfarre Mariahilf – Caritas-Sozialzentrum
Gruft
Barnabitengasse 14
1060 Wien

Bezahlte Anzeige

WWW.GOODFRIENDS.AT



Flyer, Folder, Plakate, Broschüren, Zeitungen, City-Lights, Telelights, Visitenkarten, Briefpapier, Imagefolder, Bücher, Einladungen, Formulare, Durchschläge, Stadtpläne, Postkarten, Thekenaufsteller, Bannersysteme, Tragetaschen, Notizblöcke, Hefte, Speisekarten, Spielpläne, Programmhefte, Aufkleber, Gutscheine, Plastikkarten, Rubbellose, Kataloge, Mappen, T-Shirts, Planen, Proofs **u.v.m**

Wir machen Druck

BESTELLEN SIE JETZT IHR JAHRESABO



nur
21€

Aktuelle Informationen Hintergrundberichte Analysen

Bestellen Sie Ihr Abo per Telefon unter 0810-810-211
über Internet: www.spoe.at oder
schreiben Sie uns: SPÖ Aktuell, Löwelstr. 18, 1014 Wien